

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Ostrowski und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1621 –**

#### **Schaffung von Ausbildungsplätzen**

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass entgegen dem Versprechen der Bundesregierung, im Jahr 1999 für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern, zum aktuellen Zeitpunkt ca. 200 000 Ausbildungsplätze fehlen?

Die Berufsberatungsstatistik des Monats August erlaubt noch keine belastbaren Rückschlüsse über fehlende Ausbildungsplätze, da insbesondere in den letzten Monaten vor dem Ende des Vermittlungsjahres ein Ausgleichsprozess von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt stattfindet.

Ende August waren nach der Statistik der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit bundesweit noch 145 400 unvermittelte Bewerber, 6 090 Jugendliche weniger als 1998, für eine Berufsausbildungsstelle registriert. Gleichzeitig waren noch 64 205 freie Ausbildungsplätze gemeldet; dies ist ein Plus von 5 267 Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahr. Damit ist – vor allem Dank des „Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher“ der Bundesregierung – die Lage etwas besser als Ende August 1998. Erfahrungsgemäß wird sich die Situation Ende September noch deutlich anders darstellen, da die Arbeitsämter zurzeit durch schriftliche Nachfrage abschließend feststellen, welche Jugendlichen tatsächlich noch unvermittelt sind.

Eine „Lückenberechnung“, bei der die gemeldeten Berufsausbildungsstellen (zz. rund 523 000) den gemeldeten Bewerbern (zz. 781 000) gegenüber gestellt werden, verzeichnet die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nachhaltig, da erfahrungsgemäß ein Teil der gemeldeten Bewerber auch Alternativen wie den Besuch einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule oder die Aufnahme eines Studiums in Betracht zieht bzw. sich dafür entscheidet. Dies traf auch bei einer entspannten Ausbildungsplatzsituation Anfang der 90er Jahre in den alten

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 28. September 1999 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Ländern auf einen hohen Prozentsatz der gemeldeten Bewerber zu. 1993 mündeten knapp 41 % aller bei der Bundesanstalt für Arbeit in den alten Ländern gemeldeten Bewerber in alternative V erbleibkategorien ein (Schule, Studium, Berufsvorbereitung, Arbeitsstelle etc.). 1998 waren es 47 % aller gemeldeten Bewerber (vgl. Berufsbildungsbericht 1999, Teil II, Kap. 1.4, S. 55). Kurz: Nicht jeder Bewerber, der sich im Verlauf eines Vermittlungsjahres bei der Berufsberatung gemeldet hat, fragt auch tatsächlich eine Berufsausbildung im dualen System nach.

Darüber hinaus weist die Bundesanstalt für Arbeit in ihren Erläuterungen zur Berufsberatungsstatistik darauf hin, dass die Statistik in erster Linie die Inanspruchnahme der Dienste der Berufsberatung dokumentiert und damit das Geschehen auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht vollständig erfasst. Die Berufsberatungsstatistik weist für 1997/98 bundesweit 416 383 Einmündungen in eine Berufsausbildungsstelle auf. Die Erhebung des Bundesinstitut für Berufsbildung zählte zum 30. September 1998 bundesweit 612 771 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Damit haben rund 200 000 Jugendliche mehr einen Ausbildungsplatz erhalten, als dies die V erbleibstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ausweist.

Frühestens werden am 5. Oktober 1999, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Abschlussbilanz zum Ende des V ermittlungsjahrs vom 30. September 1999 vorlegen wird, auch Zahlen über die bei der Berufsberatung gemeldeten noch nicht vermittelten Bewerber sowie freien Ausbildungsplätze vorliegen.

Einen vollständigen Überblick über die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt ermöglicht erst die Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung über die bei den zuständigen Stellen (u. a. Kammern) zum 30. September dieses Jahres neu eingetragenen Ausbildungsverträge, deren Daten Anfang Dezember veröffentlicht werden.

2. Wie lauten die Kernaussagen der Vereinbarungen, die im Bündnis für Arbeit zur Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen zwischen den dort Beteiligten getroffen wurden (siehe auch Zielstellung der Koalitionsvereinbarung), und wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit aktuell ca. 200 000 fehlenden Ausbildungsplätzen die Wirksamkeit dieser Vereinbarungen?

Bundesregierung, Vertreter der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben anlässlich der Beratungen des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ am 6. Juli 1999 einen Ausbildungskonsens geschlossen. Kernaussage ist, „jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet“. Um diesen Anspruch einlösen zu können, haben die Bündnis-Partner ein umfangreiches Bündel an Maßnahmen und Aktivitäten vereinbart.

Die Vertreter der Wirtschaftsverbände haben erklärt, dass sie 1999 neben dem demographischen Zusatzbedarf – das sind rund 6 000 Ausbildungsverträge – mindestens weitere 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen wird. Einen Beitrag zur nachhaltigen Steigerung des Ausbildungsangebotes wird die ebenfalls vereinbarte „Offensive zum Abbau des IT-Fachkräftemangels“ leisten. Sie sieht u. a. vor, in den nächsten drei Jahren die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse in den neuen IT-Berufen von 14 000 auf 40 000 zu steigern.

Darüber hinaus starten die Bündnispartner – unterstützt von regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen – im Oktober eine Nachvermittlungskaktion, um allen bei den Arbeitsämtern noch registrierten unvermittelten Bewerbern ein Ausbildungsangebot unterbreiten zu können. Soweit dies bis zum Dezember nicht ge-

lingt, werden diese Jugendlichen von den Arbeitsämtern zu einem weiteren Beratungsgespräch eingeladen und erhalten ein anderweitiges Ausbildungsangebot.

3. Welchen Handlungsbedarf für die Schaffung von neuen, weiteren Rahmenbedingungen sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass trotz des Sofortprogramms zur Schaffung von 100 000 Ausbildungsplätzen und trotz des Bündnisses für Arbeit gegenwärtig ein Fehlbedarf von ca. 200 000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen ist?

Zur Bewertung der Zahlen siehe Antwort auf Frage 1. Die Bundesregierung wird die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt sorgfältig beobachten, um ggf. weitere Initiativen ergreifen zu können. Erste Hinweise und Erkenntnisse wird die Berufsberatungsstatistik zum Abschluss des Vermittlungsjahres 1998/99 liefern. Außerdem hat die Bundesregierung mit den im Ausbildungskonsens getroffenen Vereinbarungen, der Neuauflage eines Bund-Länder-Sonderprogramms in den neuen Ländern sowie der am 23. Juni 1999 vom Bundeskabinett beschlossenen Verlängerung des Sofortprogramms bis zum Ende des Jahres 2000 Vorsorge getroffen, um unvermittelten Bewerbern noch ein Ausbildungsangebot unterbreiten zu können.

